

NEWSLETTER

FÜR OLDENBURG UND DAS AMMERLAND.



Moin!

Wir befinden uns in einer Schlüsselphase der Corona-Pandemie. Einerseits haben wir durch die steigenden Mengen an verfügbarem Impfstoff die Möglichkeit, immer mehr Menschen vor den Gefahren einer Corona-Infektion zu schützen. Andererseits breiten sich ansteckendere Mutationen des Virus aus. Derzeit stagnieren die Infektionszahlen. Es liegt an politischen Entscheidungen, aber auch an uns allen als Einzelnen, ob wir die Pandemie solidarisch überwinden.

Umso erstaunlicher finde ich, wie manche offen Arroganz und Anspruchsdenken zur Schau stellen. Da verlangen Funktionäre des FC Bayern München, dass für ihre Fußballprofis die Nachtruhe von Flughafen-Anliegern ignoriert wird, fordern unverhohlen, sich beim Impfen vordrängen zu dürfen - und werden ausfällig gegenüber einem Experten wie Karl Lauterbach, weil er nicht das sagt, was sie hören wollen. Auch und gerade als Fußballfan finde ich das einfach unmöglich. Die allermeisten Vereine und Verantwortlichen handeln solidarisch. Wer dagegen einen Sonderstatus beansprucht, der erweist nicht nur dem Profisport, sondern der Gesellschaft einen Bärendienst.

Ever 1015

Mit Rückenwind in den Bundestagswahlkampf

Digitale Wahlkreiskonferenz mit Urnenwahl

Am 12. Februar haben die Delegierten aus Oldenburg und dem Ammerland mich mit 96,5 Prozent der Stimmen (53 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltung) erneut zum SPD-Kandidaten für die Bundestagswahl 2021 bestimmt. Ich freue mich sehr, dass die Delegierten mir ihr Vertrauen ausgesprochen haben und ich erneut für meine Heimat zur Bundestagswahl 2021 antreten werde.

In den letzten acht Jahren im Bundestag habe ich mich konsequent für Oldenburg und das Ammerland eingebracht. Durch meine Arbeit im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages konnte ich mich erfolgreich dafür einsetzen, dass unsere Region zahlreiche Förderungen aus dem Bundeshaushalt erhält. Ob

es der Aufbau des IT-Campus und die Ansiedlung von zwei DLR-Instituten in Oldenburg mit hunderten Arbeitsplätzen sind, die Sanierung von Schwimmbädern, Sporthallen und historischen Gebäuden oder das künftige THW-Logistikzentrum in Westerstede: In den letzten acht Jahren haben wir im Haushaltsausschuss insgesamt rund 125 Millionen Euro an Förderungen für Oldenburg und ins Ammerland beschlossen. Diesen Weg – aus vollem Herzen für Oldenburg und das Ammerland – will ich weitergehen.

Wegen der Pandemie fand die Nominierungskonferenz digital statt. Ihre Stimme gaben die Delegierten zeitlich entzerrt an zwei Wahlurnen in Oldenburg und Bad Zwischenahn ab.

Das Lieferkettengesetz kommt

Unternehmen in die Verantwortung nehmen

Weltweit arbeiten 1,4 Milliarden Menschen unter unwürdigen Bedingungen, 152 Millionen Kinder sind zum Arbeiten gezwungen. Zudem werden für manche Produkte die Natur zerstört oder die Rechte indigener Völker missachtet. Es darf nicht sein, dass Produkte, die bei uns im Supermarktregal liegen, unter solchen Bedingungen hergestellt werden.

Deshalb unterstütze ich seit einiger Zeit den Einsatz von Gewerkschaften, Initiativen und zivilgesellschaftlichen Organisationen für ein Lieferkettengesetz (auf dem Foto seht ihr mich mit Engagierten aus Oldenburg



2019). Ich bin sehr froh, dass es nun innerhalb der Bundesregierung Einigkeit darüber gibt, dass wir das Lieferkettengesetz noch in dieser Legislaturperiode einführen wollen. Dafür haben besonders Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) und Bundesentwicklungsminister Gerd Müller (CSU) gegen die Blockade von Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) gekämpft.

Was beinhaltet der Entwurf, den die Bundesregierung in den Deutschen Bundestag einbringen wird? Schlüssel ist, dass Unternehmen verpflichtet werden, für die Einhaltung von Men-

schenrechten zu sorgen – und zwar nicht nur im eigenen Unternehmen, sondern auch bei den Zulieferern, also bis ans Ende der Lieferkette. Das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) kann bei Verstößen Bußgelder bis zu maximal zehn Prozent des Gesamtumsatzes verhängen oder die Unternehmen von öffentlichen Ausschreibungen ausschließen.

Zudem führen wir die sogenannte Prozesstandschaft ein: Betroffene können künftig Hilfsorganisationen bevollmächtigen, in Deutschland für sie vor Gericht zu ziehen.

HINTER DEN KULISSEN

Hybride Sitzungen im Haushaltsausschuss

Wegen der Pandemie verlagern wir die Arbeit ins Digitale

Mit der Corona-Pandemie hat sich natürlich auch unsere Arbeit in den Ausschüssen verändert. Um weiter gut arbeiten zu können, tagen wir im Haushaltsausschuss mittlerweile in sogenannten hybriden Sitzungen.

Das heißt, ein „Grundstock“ an Teilnehmenden ist physisch, wenn auch natürlich mit Abstand, vor Ort. Dazu gehören der Vorsitzende, die haushaltspolitischen SprecherInnen der Fraktionen und so viele Abgeordnete, dass die prozentualen Kräfteverhältnisse der Fraktionen korrekt



abgebildet werden. Die übrigen Abgeordneten sowie zugeladene ExpertInnen oder MitarbeiterInnen der Fraktion und von Abgeordneten sind per Videokonferenz zugeschaltet. Mittelpunkt ist, dass die physisch nicht Anwesenden gleichberechtigt an der Ausschusssitzung teilnehmen: Sie sind beispielsweise im ganzen Raum zu hören und zu sehen, wenn sie sich zu Wort melden.

Dabei tagen wir nicht mehr in Ausschusssälen wie noch auf dem Foto aus dem Frühjahr 2020, sondern

meistens in den weit größeren Fraktionssälen, wo Abstände problemlos eingehalten werden können. MitarbeiterInnen der IT des Deutschen Bundestages begleiten die Sitzungen, um zu gewährleisten, dass technisch alles einwandfrei läuft.

Die ebenso wichtigen zahlreichen Vor- und Berichterstattergespräche sowie Arbeitsgruppensitzungen finden mittlerweile rein digital als Videokonferenz statt. So tragen wir unseren Teil dazu bei, sicher durch die Pandemie zu kommen.

Plenardebatte zur Schuldenbremse

Investitionen statt Kahlschlag im Bundeshaushalt

Am 11. Februar dieses Jahres haben wir im Plenum noch einmal über den Bundeshaushalt 2021, den wir im vergangenen Herbst verabschiedet haben, und die Schuldenbremse debattiert. Die AfD hatte nämlich das abstruse Anliegen vorgebracht, den Bundeshaushalt 2021 als vermeintlich verfassungswidrig dem Bundesverfassungsgericht zur abstrakten Normenkontrolle vorzulegen. Dazu hätte sie Stimmen der übrigen Fraktionen gebraucht. Ob man da die eigene Niederlage in der Abstimmung über den Haushalt nicht vertragen oder einfach mal wieder rar gewordene Aufmerksamkeit wollte – wer weiß.

Ich finde, dieses Anliegen zeigt sehr gut, wofür die AfD steht und für wen sie tatsächlich Politik macht. Denn was hätte es denn bedeutet, einen Kahlschlag im Bundeshaushalt vorzunehmen? Wir hätten Millionen Menschen, die gerade in der Corona-Krise unsere Hilfe benötigten, ins Elend gestürzt. Und zudem mitten in einer Krise Investitionen eingefroren und der Wirtschaft Kaufkraft entzogen. Das wäre nicht nur sozial unverantwortlich gewesen, sondern auch wirtschaftspolitisch blanker Unfug.

Zudem haben wir in der Debatte natürlich über die Schuldenbremse ge-

sprochen. Einen tiefen Einbruch wie die Corona-Krise bewältigt man nicht innerhalb eines Haushaltsjahres. Wir werden mehrere Jahre lang weniger einnehmen als zuvor angenommen. In dieser Situation brauchen wir Flexibilität statt nur starrer Regeln. Zugleich gehen mir die Forderungen derer, die die Schuldenbremse kritisieren, nicht weit genug. Statt bloß Einnahmen durch Schulden zu finanzieren, sollten wir Wohlhabende stärker in die Verantwortung zu nehmen.

Meine Rede könnt ihr euch unter anderem auf meiner Homepage ansehen: www.dennis-rohde.de/reden.



Foto: Marco Urban

Wir greifen gegen Geldwäsche durch

Effektiverer Kampf gegen organisierte Kriminalität

Der Bundestag hat im Februar eine Ausweitung des Geldwäsche-Straftatbestands beschlossen. Durch eine Erweiterung des Tatbestands und eine umfassende Möglichkeit, kriminelles Vermögen abzuschöpfen, werden die Voraussetzungen für die strafrechtliche Bekämpfung der Geldwäsche verbessert.

Aus dem Jahresbericht der Anti-Geldwäsche-Einheit des Bundes für 2019 geht hervor, dass die Zahl der Verdachtsfälle von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung in Deutsch-

land stark gestiegen ist. Für uns ist deswegen klar ein härteres und effektiveres Vorgehen notwendig, da das „gewaschene“ Geld häufig für neue Straftaten eingesetzt wird.

Bislang war Geldwäsche nur bei bestimmten festgelegten Vortaten strafbar. Künftig ist Geldwäsche strafbar, unabhängig davon, aus welcher Straftat die Gelder stammen. Die entstandenen Strafbarkeitslücken werden mit dem Gesetz geschlossen und die Strafverfolgung deutlich effektiver. Das Ziel ist, zu verhindern,

dass illegale Gelder aus Straftaten in den legalen Wirtschaftskreislauf eingeführt werden und Straftäter so von ihren Straftaten auf Dauer profitieren können.

Bereits in der letzten Wahlperiode haben wir eine grundlegende Erweiterung der Vermögensabschöpfung durchgesetzt. Auch künftig können Mieten aus einem mit „gewaschenen“ Erlösen aus kriminellen Handlungen erworbenen Wohnhaus eingezogen werden. Klar ist: Straftaten dürfen sich nicht auszahlen.



Foto: M. Zimmermann / pixelio.de

Unter dem Motto „75 Minuten Klar-
text“ gebe ich kurz und knapp Ant-
worten auf eure politischen Fragen
und Anregungen – mittlerweile
selbstverständlich als Online-Veran-
staltung. So habe ich bereits mit mei-
nen Kolleginnen Dagmar Freitag und
Claudia Moll (siehe links) gesprochen.

Für die nächste Veranstaltung habe
ich den kulturpolitischen Sprecher
unserer Fraktion, meinen Kollegen
Martin Rabanus, eingeladen. Wie
ihr wisst, leiden Kulturschaffende
besonders unter der Corona-Krise.
Zusammen mit Martin und selbst Be-
troffenen will ich besprechen, wie es
weitergehen kann und soll. Die Ver-
anstaltung findet statt am

**Dienstag, den 16.03.2021
um 19.00 Uhr
auf Zoom.**

Die Web-Adresse, unter der ihr euch
anmelden könnt, gebe ich euch wie
üblich noch bekannt. Ich freue mich
auf euch!




**DIREKT GEWÄHLT -
DIREKT ANSPRECHBAR!**

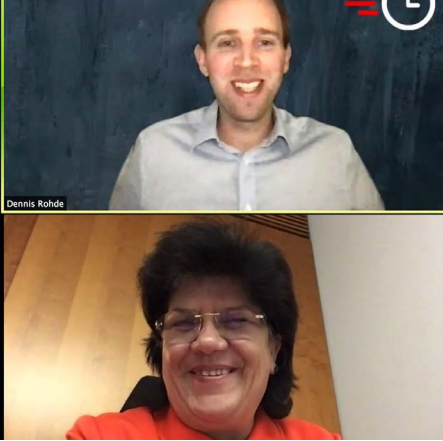
Berliner Büro

Postanschrift:
Dennis Rohde MdB
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030 227 72 800
E-Mail: dennis.rohde@bundestag.de

Wahlkreisbüro Oldenburg

Postanschrift:
Dennis Rohde MdB
Huntestraße 23, 26135 Oldenburg
Telefon 0441 99 86 76 01
E-Mail: wahlkreis@dennis-rohde.de

 www.dennisrohde.de
 facebook.com/dennis.rohde
 twitter.com/dennisrohde



Diskussion zur Pflege mit Claudia Moll MdB

Die Pflege der Zukunft gestalten

Meine Bundestagskollegin Claudia
Moll kann auf fast 30 Jahre Berufser-
fahrung als Altenpflegerin zurückbli-
cken. Diese enge Kenntnis der Praxis
macht sie zur Expertin im Gesund-
heitsausschuss. Nun habe ich digital
mit Claudia und zahlreichen Pflege-
rInnen und Pflegeeinrichtungen aus
Oldenburg und dem Ammerland
über diesen wichtigen Bereich dis-
kutiert.

Für mich ist klar: Pflege wird immer
wichtiger und wir stellen zu Recht
hohe Ansprüche. Pflegebedürftige
Menschen sollen nicht bloß versorgt
werden, sondern gleichberechtigt

und selbstbestimmt teilhaben kön-
nen. Doch zur Realität gehört auch,
dass Pflegekräfte vielerorts schlecht
bezahlt werden und in miesen Be-
dingungen arbeiten. Deshalb muss
es darum gehen, endlich flächende-
ckende Tarifverträge für die Pflege zu
erreichen – oder notfalls den Pflege-
mindestlohn anzuheben.

Doch auch die Finanzierung des Sys-
tems muss unter die Lupe: Statt ho-
hen Eigenanteilen wollen wir künftig
eine Vollkaskoversicherung, die alle
absichert. Dazu müssen wir auch dar-
über sprechen, Wohlhabende stärker
zur Kasse zu bitten.

Im Gespräch zu meiner Arbeit als Abgeordneter

Interview mit Lokalsender oeins

Der Lokalsender Oldenburg Eins in-
formiert regelmäßig darüber, was
vor Ort geschieht. Dazu gehören na-
türlich auch Formate zur Politik. Ich
freue mich, dass oeins mich vor kur-
zem eingeladen hat, um mit mir als
Teil des „Forums Politik“ über meine
Arbeit als Bundestagsabgeordneter
zu sprechen.

Im rund einstündigen Gespräch mit
Volker Diebels habe ich erklärt, was
ich als haushaltspolitischer Sprecher
eigentlich so mache, in welchen Gre-

mien des Bundestages ich noch mit-
arbeite und wie meine tägliche Arbeit
aussieht. Dabei habe ich betont, was
mir besonders viel Freude an diesem
Job macht: nämlich für Oldenburg
und das Ammerland konkret etwas
bewegen zu können. Das gelingt mir
vor allem durch Bundesförderungen
über den Haushaltsausschuss.

Das ganze Interview findet ihr in der
Mediathek von oeins oder auf You-
Tube: [http://www.youtube.com/
watch?v=7oeFwOngW9o](http://www.youtube.com/watch?v=7oeFwOngW9o).